

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März 1985

Evangelische Verantwortung

Heft 3/1985

Der evangelische Christ als Staatsbürger

Albrecht Martin

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Albrecht Martin, ist seit 1974 Präsident des Landtages von Rheinland-Pfalz und seit 1982 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU. Schon seit mehr als 20 Jahren stellt der Theologe, Historiker und Germanist, der 12 Jahre lang einen Lehrauftrag an der Theologischen Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz innehatte, sein Denken und Handeln auch in den Dienst des EAK.

Als Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland wählte diese den ordinierten Predigthelfer jüngst in die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Thron und Altar

Wer in den letzten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, wie es bis zum 1. Weltkrieg bestanden hatte, abschließend beurteilen wollte, der bediente sich der Formel von Thron und Altar. Thron und Altar – das stand und steht für viele zur Kennzeichnung einer Kirche, die sich voll in den Dienst des obrigkeitlichen Staates gestellt hatte, für einen Staat, der sich der Kirche bediente, um die Untertanen im Gehorsam zu halten und sein eigenes höchst weltliches Tun mit religiöser Weihe zu versehen, so wie umgekehrt die Kirche an der Glorie des Staates Anteil hatte.

Ausgangspunkt jener von vielen als verhängnisvoll empfundenen Entwicklung sollte die konstantinische Wende sein, also jene Entscheidung, durch die Konstantin der Große im Römischen Reich nicht nur die Christenverfolgungen, aufs Ganze gesehen, beendete, sondern auch zunehmend die christliche Kirche in den Staat einbaute, sie als ein Ferment des in seinem Zusammenhalt bedrohten Reiches benutzte und Christen in wichtige Positionen des Staates brachte. Ich will nicht untersuchen, ob dieses weit verbreitete Verdikt über mehr als anderthalb Jahrtausende kirchengeschichtlicher Entwicklung und

zugleich abendländischer Staatsgeschichte richtig und berechtigt ist. Unbezweifelbar ist, daß durch jenes, mit der Formulierung „Thron und Altar“ umschriebene Verhältnis immer die Gefahr gegeben war, daß nicht nur die Kirche ihre Freiheit von weltlicher Macht verlor, sondern daß der obrigkeitliche Staat auch dem einzelnen Bürger jenen Raum verweigerte, in dem der Glaubensgehorsam des Christen sich bewähren konnte.

Freiheit aus Glauben

Wir reden hier noch nicht von der Beteiligung des einzelnen Bürgers – und also auch des Christen – an der Gestaltung des Gemeinwesens, sondern meinen jene Problematik, die im Grunde schon in Röm. 13 angesprochen ist. Ich kenne keine gewichtigere und für den Christen verbindlichere Einbindung des Christen in staatliche Ordnung, als sie in Röm. 13 zum Ausdruck kommt; und zugleich kenne ich keine stärkere Relativierung dieser Einbindung des Christen in

Aus dem Inhalt

Der evangelische Christ als Staatsbürger Albrecht Martin	1
Aus unserer Arbeit	5,13,14
Kriegsverhütung als politisch-ethische Aufgabe Friedrich Vogel	6
„Pax“ oder „Schalom“? Die Friedenskonzepte im zeitgenössischen Protestantismus Hans-Dieter Wichter	10
Buchbesprechung	15

weltliche Ordnung, wie sie dadurch gegeben ist, daß Röm. 13 eben im Römerbrief sich findet, d. h. in jenem Buch der Bibel, das wie kein anderes von der Freiheit aus Glauben, der Bindung an das Evangelium, spricht.

Was gebietet der Glaubensgehorsam dem Christen gegenüber einem Staat, dem er – der Christ nämlich – doch nach Gottes Weisung und Willen eingebunden ist? Um diese Frage ging es, mehr oder weniger deutlich bewußt, durch die Jahrhunderte, und um diese Frage geht es auch heute. Um diese Frage ging es übrigens auch Luther, der ja bekanntlich von der weltlichen Obrigkeit handelte unter der Fragestellung, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei.

Es gibt also Grenzen dieses Gehorsams. Aber wo liegen sie? Denn – und das muß immer wieder deutlich gesehen werden – selbst unter den absolutistischen Verhältnissen des Obrigkeitsstaates stand dieser Staat dem Christen ja nie einfach als nur Fordernder gegenüber, sondern der Christ war immer zugleich auf diesen Staat als eine grundsätzlich nach Gottes Ordnung jedenfalls bestehende Einrichtung hingewiesen.

„... im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott“

Nun hätte man denken können, daß mit der Errichtung einer demokratischen Staatsordnung alle Probleme für den Christen gelöst gewesen seien. Endlich war mit dem demokratischen Staat der Neuzeit ein Staatswesen gegeben, das selbst auf jeden Anspruch verzichtete, den Menschen in seiner Totalität zu beanspruchen und letzte Normen zu setzen. Der totalitäre Staat der nationalsozialistischen Ideologie hatte den Anspruch auf die Seele des deutschen Volkes erhoben und damit den entschiedenen Protest der Bekennenden Kirche hervorgerufen. Von jedem solchen Anspruch ist der demokratische Staat von seinem Selbstverständnis her weit entfernt. Er tritt dem Bürger, und also auch dem Christen, ja gerade nicht als der bloß Fordernde gegenüber, sondern lebt geradezu von der verantwortlichen Mitarbeit, dem umfassenden Engagement seiner Bürger. Ja, er will dies sogar ausgesprochenerweise nicht etwa losgelöst von aus dem christlichen Glauben gewonnenen Maßstäben, sondern „im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott“, wie das Grundgesetz in seiner Präambel festhält. Christen können, ja sollen ihre Auffassung, ihre aus dem Glauben gewonnenen und am Glauben gemessenen Vorstellungen von der Ordnung der Verhältnisse in den Aufbau des Staates und seine Ausgestaltung einbringen.

Man hätte also annehmen können, daß das Verhältnis des Christen zum Staat nun weitgehend problemlos sein könne. Aber weit gefehlt. Für viele evangelische Christen ist das Verhältnis zum Staat von viel mehr und grundsätzlicheren Problemen belastet, als das über viele Jahrhunderte hinweg der Fall gewesen ist. Woran liegt das? Wir wollen dem in einigen Schritten nachgehen und uns dabei weniger mit den offiziellen Stellungnahmen der Kirche auseinandersetzen,

sondern dem nachgehen, was jeder einzelne von uns in dieser oder jener Weise in seiner Gemeinde erfährt. Wir werden dabei feststellen, wie sehr manche Positionen das Ergebnis geistiger oder gesellschaftlicher Strömungen unserer Zeit sind, die keineswegs unmittelbar aus dem Evangelium sich erklären.

Grenzen staatlicher Sozialpolitik

I. Zu den erfreulichsten Erscheinungen gehört das starke soziale Engagement, das wir gerade bei vielen jungen Menschen erleben. Es ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, wenn wir beobachten, wie solche engagierte junge Menschen ihre Kraft einsetzen, um Behinderten zu helfen, um diese oder jene konkret ihnen begegnende Not zu lindern. Und jede solche Erfahrung sollte an uns alle die Frage richten, ob wir denn zu ähnlichem Tun bereit seien. Aber es verbindet sich allzu leicht und allzu schnell mit solchem diakonischen Handeln die politische Forderung nach einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die solche Not von vornherein unmöglich machen oder sie jedenfalls in umfassendster Weise lösen soll.

Da es nun eine solche Ordnung nach aller Erfahrung nicht gibt, erhebt man, zunächst jedenfalls einmal, Einspruch gegen die bestehende Ordnung. Das kann so weit gehen, daß man jeden Versuch, wenigstens partiell Abhilfe zu schaffen, als Gewissensberuhigung und Verschleiern der wahren Problematik ablehnt. Dann kommt es so weit, daß man die von der Bundesregierung auf Initiative von Familienminister Dr. Geißler ins Leben gerufene Stiftung zur Hilfe für in Not befindliche Frauen ablehnt und verdächtigt, weil sie das Problem umfassend nicht löse.

Unter der Voraussetzung dieser Einstellung wäre kein großes Werk der Diakonie je entstanden. Es wäre auch nie zum Ausbau eines sozialen Staates gekommen. Das heißt aber, daß unter bestimmten Verhältnissen die grundsätzlich richtige Einordnung der konkreten sozialen Not in die großen Zusammenhänge von einer bestimmten Grenze an unfähig macht, praktisch das Mögliche zur Linderung der Not zu tun. Ursache dieser in der praktischen Wirkung sich selbst wieder aufhebenden Haltung ist meiner Ansicht nach die Gleichsetzung von praktischer Nächstenliebe mit Sozialpolitik. Beides soll gewiß in gleicher Weise getragen und bestimmt sein von jener durch Christus möglich gewordenen brüderlichen Einstellung zum Nächsten. Aber Sozialpolitik kann und darf nicht absehen von der Begrenztheit der Möglichkeiten, will sie sich nicht selbst zur schließlichen Wirkungslosigkeit verurteilen. Mir scheint, daß dieser Gesichtspunkt in unserer Kirche heute vielfach nicht gesehen wird.

Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

II. Wir begegnen mitunter einem geradezu erschreckenden Desinteresse des Christen an den Zusammenhängen von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ein an herausgehobener Stelle tätiger Sozialarbeiter erklärte mir dieser Tage: „Wenn ein Mann zu mir kommt, der seinen Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verloren hat und um Hilfe bittet, dann sind mir die Sorgen eines führenden Unternehmers um die Zukunft der Stahlindustrie in Deutschland ziemlich gleichgültig.“

Spricht aus solcher Haltung wirkliche Verantwortung für den Nächsten? Meiner Auffassung nach wird doch gerade der Christ sich darum bemühen, die Dinge nicht nur im Zusammenhang und in ihrer gegenseitigen Verflechtung zu sehen, sondern diese Verflechtung bei der Lösung der Fragen auch zu beachten.

Natürlich kann ich dem Arbeitslosen nicht die Hilfe mit dem Hinweis auf wirtschaftspolitische Überlegungen verweigern. Aber diese Überlegungen, die ja auch aus sehr ernstesten Verantwortlichkeiten sich ergeben, können für die Lösung des konkreten sozialen Notstandes doch nicht gleichgültig sein.

Neue Ordnungen?

III. Wir begegnen häufig einer geradezu leidenschaftlichen Ablehnung von Ordnung. Ich will hier zunächst gar nicht von den Grundordnungen des demokratischen Rechtsstaates sprechen, sondern von einfachen Verfahrensordnungen.

Die Kirchensynode meiner Heimatkirche hatte während einer Tagung die Not der farbigen Christen in Südafrika unter den Verhältnissen der Apartheidspolitik ausführlich diskutiert und dazu auch afrikanische Christen als Referenten und Teilnehmer der Synode eingeladen. Es war für eine größere Anzahl junger Theologiestudenten völlig unbegreiflich, und sie gaben dem in außerordentlicher und alle Formen verletzender Weise auch Ausdruck, daß bei der nächsten Tagung die Synode farbigen Christen aus Südafrika, die nicht geladen waren, nicht wieder Zugang zu der Synode gewährte und sie nicht erneut zur Diskussion einlud. Es war für diese jungen Theologen völlig unbegreiflich, daß man hier sich an bestimmte Verfahrensordnungen meinte halten zu müssen; ihrer Meinung nach hätte die Notwendigkeit, erneut ein brüderliches Zeichen der Verbundenheit zu geben, alle Überlegungen, den Fortgang der Verhandlungen sicherzustellen, übertreffen müssen.

Oder: Eine Gruppe junger Christen lehnt die Einladung ihrer Kirche ab mit der Begründung, daß man durch den Aufenthalt im Gebäude einer evangelischen Akademie sich mit der verbürgerlichten Welt, in der diese Kirche verhaftet sei, identifiziere.

Ich will mich einmal jedes Urteil enthalten und das Argument ernst nehmen, daß die Ordnung, in der wir heute in der Bundesrepublik leben und an der auch unsere Kirche Anteil hat, jedenfalls nicht verhindern kann, daß es an anderen Orten der Welt – aber auch bei uns – Not gibt. Aber wie soll die neue Ordnung, in der das alles behoben werden könnte, aussehen? Ist es wirklich ein Zeichen mangelnden Glaubens, wenn

man an die Folgen denkt? Ich weiß, daß hier eine auch vom ideologischen Denken mitgeprägte Vorstellung einwirkt: Wer sein Handeln durch mögliche Folgen mitbestimmt sein läßt, der handelt sittlich nicht mehr gut. Aber entspricht solche Haltung der Verantwortung des Christen? Was richtig ist oder was richtig sein kann oder sogar unbedingt richtig ist, wenn ich das Handeln des einzelnen in grundsätzlichen Entscheidungen im Auge habe, kann falsch sein, wenn ich es auf alle Gebiete des Lebens übertrage und die Politik davon bestimmt sein lasse. Zu meinem Glauben soll ich stehen, auch wenn es für mich schlimme Folgen haben kann, aber darf ich die Ordnung als Voraussetzung unseres Lebens unter den gegebenen Verhältnissen zerstören oder aufs Spiel setzen um bestimmter Prinzipien willen? Begebe ich mich nicht dann gerade der Möglichkeit, Schritt für Schritt und Stück für Stück die Verhältnisse gerade im Interesse der Linderung oder gar Überwindung von Not zu verändern?

Entscheidende Fragen

IV. Wie steht es um die praktische Befolgung des Friedensgebots Christi für den Christen? Ich will hier die gesamte Diskussion um die Nachrüstung, die wir über zwei Jahre hindurch geführt haben, und die wir wohl weiter führen müssen, nicht aufgreifen. Ich will auch ernst nehmen, daß manche Vertreter der Friedensbewegung in unserer Kirche nicht aus einer grundsätzlich pazifistischen Einstellung die Ablehnung der atomaren Bewaffnung fordern, sondern daß sie dies im Hinblick auf die umfassende Zerstörungskraft dieser Waffen tun. Die Schrecklichkeit dieser Waffen ist ja auch denen bewußt, die das atomare Gleichgewicht als friedenssicherndes Element unter den gegebenen Verhältnissen für notwendig halten.

„Worte zur Politik zum Beispiel braucht sich die Kirche von außen weder abfordern noch untersagen zu lassen. Sie kann mit solchen Worten den Politikern keine verbindlichen Handlungsanweisungen, wohl aber wertvolle Anregungen für Denken und Handeln geben. Und natürlich muß sie sich gefallen lassen, daß ihre Empfehlungen im staatlichen Bereich auf Vernunft und Angemessenheit überprüft werden.“

Jürgen Schmude,
Kirchenbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Mir geht es um zwei Fragen, von denen ich meine, daß sie an die Grundlage unseres Verhältnisses von Kirche und Staat rühren:

1. Kann ich als Christ, der zugleich Bürger eines demokratischen Staatswesens ist, mich aus der Solidargemeinschaft dieses Staates verabschieden? Natürlich ist es mein gutes Recht, mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates zu versuchen, beispielsweise eine politische Konzeption durchzusetzen, die meint, auf den Schutz der Nato und auf die Abschreckung verzichten zu können (ich brauche kaum zu betonen, daß ich dieser Ansicht dezidiert nicht bin). Aber es geht hier um etwas qualitativ anderes: Es geht um den Anspruch, daß der christliche Glaube gebietet, sehenden Auges diesen Staat und alle seine Bürger einer äußersten Gefährdung ihrer Freiheit auszusetzen. Wieso behauptet man, daß derjenige, der die Abschreckungskonzeption strikt ablehnt, allein sein Vertrauen auf Gott setze, während der andere sich auf den Schutz der Waffen verlasse, wenn man gleichzeitig – und dies fraglos zu Recht – darauf hinweist, daß auch die Abschreckungskonzeption Risiken enthalte? Wie kann das Abwägen von Risiken dazu führen, daß die eine Entscheidung als Glaubensentscheidung und die andere doch dann wohl als Unglauben verstanden wird?

Nun wird man freilich dem entgegen, daß die mögliche Vernichtung durch den Einsatz moderner Waffen von so ungeheurer Qualität sei, daß demgegenüber alle anderen Risiken, auch der denkbare Verlust der Freiheit, leicht wögen. Aber das führt zu der wieder berechtigten Frage, ob denn nicht der Verlust der Freiheit bei Verzicht auf das Gleichgewicht der Kräfte sehr viel wahrscheinlicher ist, als das atomare Inferno bei vorläufiger Aufrechterhaltung des Gleichgewichts bis zum Finden anderer politischer Lösungen.

Es geht hier wirklich um die Verantwortung des Christen in unserem Staat, und die Frage ist – und sie zieht sich durch alle von mir genannten Beispiele hindurch –: Verliere ich als Christ meine Freiheit, werde ich meinem Herrn gegenüber untreu, wenn ich bei dem Versuch, gehorsam zu sein, mit den Gegebenheiten und Bedingungen dieser nicht erlösten Welt rechne?

Nun weiß ich zwar, daß Christus der Herr auch all der Gewalt und Mächte ist, die mich bedrohen oder die mir bedrohlich erscheinen, und ich weiß, daß er sie überwunden hat. Ich weiß auch, daß alle diese Mächte durchaus in mir wirksam sein können und wohl auch wirksam sind. Ich darf auch, indem ich mit all diesen Dingen umgehe, nie vergessen, daß er der Herr ist. Aber ich bleibe zugleich ein Mensch, der Verantwortung trägt und der bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung irren kann. Aber wo steht geschrieben, daß nur eine mögliche Einsicht, die sich aus der Analyse der Verhältnisse ergibt, mit Christi Willen übereinstimmt?

2. Wie weit geht meine Pflicht zur konkreten Nächstenliebe im einzelnen Fall, wenn ich absehen kann, daß, sollte dieser eine Fall zum

Präzedenzfall werden, es den sozialpolitischen Kollaps zur Folge hätte? Praktisch gesagt: Eltern bitten mich, für ihr geistig behindertes Kind eine diesem gewiß förderliche Bildung in einer außerordentlich teuren Anstalt auf Kosten der öffentlichen Hand zu ermöglichen. Es ist durchaus möglich, daß die Förderung dieses Kindes bei Erfüllung dieser Bitte erfolgreicher sein könnte, und in dem einen Falle wäre es ja wohl auch finanziell zu verkraften. Aber bei der Ausweitung der Zahl der Fälle wäre es finanziell nicht mehr zu verkraften. Und da unsere Zeit – und das wieder nicht ohne Einfluß auch der Kirchen – auf einer strikten Gleichbehandlung aller besteht, bleibt es nicht bei einem Fall und kann es nicht bei dem einen bleiben.

Und nun frage ich, ob die Rollen wirklich nur so verteilt sein können, daß der eine um der Nächstenliebe willen höchste Leistungen fordert, und es dann nur in der Verantwortung des politisch Handelnden liegen soll, im Wissen um die möglichen Folgen die Bitte abzulehnen. Ich habe aber den Eindruck, daß man innerhalb unserer Kirche dieser unsachgemäßen Rollenverteilung nicht entschieden genug entgegentritt. Das führt dann erneut zu Konflikten.

Gaben, die der Glaube schenkt

Mir scheint, daß wir heute in der Gefahr sind, über dem Reden von der Radikalität der Königsherrschaft Christi die Gaben zu vergessen, die der Glaube an ihn uns schenkt und die wir in unser politisches Handeln als Christen einbringen könnten und sollten. Von diesen Gaben möchte ich nun zum Schluß sprechen. Ich will dabei jede enumerative Aufzählung vermeiden, weil damit allzuleicht eine Rangordnung der einzelnen Gesichtspunkte verbunden wird.

Nach dem Verständnis vieler gehört es vielleicht nicht in den Vortrag eines Politikers, wenn ich jetzt das Gebet nenne; nicht als Ersatz des Handelns, sondern weil ich mir schwer einen handelnden Christen vorstellen kann, der nicht aus der Kraft und dem Trost des Gebetes zum Handeln fähig wurde. Es gehört für mich zu den erschüttertesten Erlebnissen, daß ich im vergangenen Winter in einer Gemeindeversammlung auf diese Bemerkung schallendes Gelächter ertete.

Aber nun zu den vielleicht weniger unmittelbar geistlich erscheinenden Gesichtspunkten.

Ich erinnere mich, daß der Altpräsident D. Beckmann in eine sehr aufgeregt geführte Friedensdebatte hinein sagte: Ein dritter Weltkrieg kommt, wenn Gott ihn zuläßt.

Es ist für mich völlig uninteressant, welche Auffassung er in der Nachrüstungsfrage vertritt; für mich ist allein entscheidend, daß für einen Christen sich die Perspektiven der Zukunft dieser Welt ganz anders darstellen, und daß dadurch alle Mächte dieser Welt relativiert werden. Das Handeln des Menschen wird dadurch ganz gewiß nicht unwichtig, aber es tritt unter einen ganz anderen Horizont. Ich meine manchmal,

daß dies bis in das Beten in unsere Kirche hinein spürbar wird.

Kraft und Trost aus dem Gebet

Vor einiger Zeit sprachen wir über den Entwurf eines neuen Gebetbuches und hatten die vorgeschlagenen Gebetstexte zu beurteilen. Da gab es Texte für alle denkbaren Nöte und Schwierigkeiten, in denen wir Menschen heute stehen, und bei vielen stand im Grunde die Reflexion des Menschen über seine Lage, die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen, im Vordergrund. Da erinnerte einer der Teilnehmer an die Psalmen: „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln“; „aus der Tiefe ruf ich Herr zu dir“, und wir mußten die Frage stellen, ob wir nicht allzuoft selbst beim Beten ichbezogen oder gesellschaftsbezogen, jedenfalls über unsere Lage reflektierend, aber sehr viel weniger auf den Adressaten unseres Gebetes gerichtet seien.

Politisch heißt das, daß, wer die Welt in Gottes Hand glaubt, auch die Freiheit gewinnt zur sorgfältigen, nämlich ideologiefreien Analyse der Verhältnisse. Das verhindert nicht den Irrtum, aber es macht bereit, den Irrtum zu erkennen, denn nur der Ideologe, nicht aber der Christ erhebt den Anspruch, irrtumslos zu sein.

Geduld, Vertrauen und Vernunft

Christen haben Geduld mit sich und mit anderen. Und weil es ihnen bei ihrem politischen Handeln nicht in erster Linie um das Durchsetzen ihrer Überzeugungen, ihrer Weltanschauungen geht, können sie langfristig denken. Um wieviel beruhigter wäre die politische Lage, wenn wir uns in unseren Entscheidungen nicht von Wahltermin zu Wahltermin hetzen ließen.

Christen können nicht beanspruchen, und zwar in keinem Feld der Politik beanspruchen, vollkommene Verhältnisse zu erreichen. Für mich ist die soziale Marktwirtschaft nicht zuletzt deshalb eine richtige

Konzeption, weil sie mit Eigenschaften der Menschen ganz nüchtern rechnet, die man nicht unbedingt als ausgesprochen ideal bezeichnen kann, also mit dem Erwerbssinn, mit dem Ehrgeiz, mit dem Streben auch nach materiellem Wohlstand. Aber wenn man diese Eigenschaften des Menschen einbindet in eine sozial verpflichtende Ordnung und sie für den Schwächeren nutzbar macht, dann sehe ich nicht ein, warum gerade in unserer Kirche die Ablehnung der sozialen Marktwirtschaft zunehmend Widerhall findet. Meines Erachtens liegt hier auch eine Aufgabe des EAK, diese Probleme einmal aufzuarbeiten.

Wir sind als Christen in der Lage und sollten dazu bereit sein, anderen Vertrauen entgegenzubringen. Und dieses Vertrauen sollte doch um so größer sein und um so stärker begründet, je mehr Gemeinsamkeit zwischen den Partnern existiert. Mir will oft nicht in den Kopf, wieso man einem dezidierten Atheisten in der Sicherheitsfrage stärker vertraut als einem Mitchristen, der aufgrund seines Sachverstandes eine Entscheidung getroffen hat. Häufig aber vertraut man leichter den Aussagen sowjetischer Politiker als den Urteilen etwa unseres Verteidigungsministers oder in früheren Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Die Basis nicht etwa für eine Sachentscheidung, sondern für die Frage des Vertrauens, wird eben nicht mehr von der Gemeinsamkeit des Glaubens, sondern in der Übereinstimmung in einer höchst umstrittenen Sachfrage gesehen.

Kein Glaube ohne Risiko

Man könnte das fortsetzen. Wer heute über den evangelischen Christen als Staatsbürger nachdenkt, der wird sehr viel schwerer zu klaren Antworten kommen, als das in der Vergangenheit vielleicht der Fall war. Ich bin der Meinung, daß wir nur dann Antworten finden können, wenn wir die Schrift nicht als Anweisung für bestimmtes politisches Handeln, sondern als Ruf in die Verantwortung neu sehen lernen. Wer das tut, der geht ohne Zweifel ein Risiko ein. Aber das tut jeder, der glaubt.

Aus unserer Arbeit

Dialog mit der Kirche

Kassel: Ende 1984 wurde unter Mitwirkung des EAK-Bundesgeschäftsführers der Evangelische Arbeitskreis des CDU-Stadtverbandes Kassel neu gegründet. Zuvor hatte ein „Gesprächskreis zur Wiederbelebung des EAK“ durch mehrere Aktivitäten deutlich gemacht, daß dem EAK eine neue Aufgabe zugewachsen ist: Der Dialog mit einer Kirche, die aus politischer Neutralität immer stärker heraustritt.

Nach dem Vortrag des Bundesgeschäftsführers zum Thema „Deutscher

Evangelischer Kirchentag wohin? – Strukturen und Perspektiven eines christlichen Laientreffens“, wurde folgender neuer EAK-Kreisvorstand gewählt: Dr. Walter Schmitt, Vorsitzender; Frau Renate Wolter und Klaus D. Paschereit, stellv. Vorsitzende; Frau Dr. Renate Trott zu Solz und Herr Walter Koch als Beisitzer.

Strukturen kirchlicher Publizistik

Dortmund: Die Kreisvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe und weitere Mitglieder

des Landesverbandes berieten in der Landesgeschäftsstelle über die kirchliche Publizistik in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der anstehenden Landtagswahl.

Der Chefredakteur des Evangelischen Sonntagsblattes für Westfalen und Lippe, Dr. Gerhard E. Stoll, führte in die Thematik ein. Neben dem von ihm vertretenen Wochenblatt erscheinen in den 638 evangelischen Kirchengemeinden in Westfalen 570 örtliche Gemeindebriefe. Jeder Kirchenkreis hat wöchentlich die Möglichkeit einer Beilage für die Nachrichten der Gemeinde.

Kriegsverhütung als politisch-ethische Aufgabe

Friedrich Vogel

Friedrich Vogel, Staatsminister beim Bundeskanzler, gehört seit 1953 dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU an und ist dessen stellv. Bundesvorsitzender.

Seit 1969 ist der Rechtsanwalt und Notar aus Warendorf ununterbrochen Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gehört der 6. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an und wurde 1979 in deren Kammer für öffentliche Verantwortung berufen, wo er u. a. an der Friedensdenkschrift der EKD mitarbeitete. Zusammen mit Prof. Dr. Günter Brakelmann ist Staatsminister Vogel Vorsitzender des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“.

„Die Freiheit gibt es nicht vor dem Frieden, aber auch nicht nach ihm: Frieden und Freiheit sind unauf löslich miteinander verbunden. Sie voneinander trennen heißt, der Erpressung des Totalitarismus erliegen und am Ende das eine wie das andere verlieren.“

Octavio Paz

(Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels)

Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik

Wir leben in einer Phase unserer Geschichte, in der den Menschen nie erahnte Möglichkeiten vernichtender und unterdrückender Machtmittel zur Verfügung stehen. Deshalb kann Sicherheitspolitik heute nicht mehr bedeuten, politische Probleme mit militärischen Machtmitteln in Form von Krieg durchzusetzen. Sie muß vorrangig als die Fähigkeit verstanden werden, gerade jeden Krieg zu verhindern und – sollte es dennoch zum Krieg kommen – ihn so schnell wie möglich mit dem Ziel der Selbstbehauptung im Sinne einer größtmöglichen Schadensbegrenzung zu beenden. Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist durch nichts mehr zu rechtfertigen. Nach unserem heutigen Verständnis bedeutet

Krieg vielmehr das Scheitern von Politik, wie es die Friedensdenkschrift der EKD formuliert. Im heutigen internationalen System der Abhängigkeiten bedeuten Abschreckung und die daraus sich ableitende Fähigkeit zur Kriegsverhinderung aber auch, mit der Gegenseite Vorsorgemaßnahmen zu vereinbaren, die es erlauben, Entwicklungen, die die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen in sich bergen, zu bewältigen.

Sicherheitspolitik heißt heute: Friedenserhaltung gegen jedes Risiko und die Friedensgestaltung gegen jede Ungerechtigkeit.

Wenn sich Politik in diesem Spannungsfeld abspielt, dann ist sie ein ständiges Abwägen von Gütern, aber oft auch ein Abwägen zwischen dem größeren und dem kleineren Übel. In diesem Sinne ist Politik die Kunst des Möglichen und Machbaren – dies wohl verstanden als der Versuch optimaler Abstimmung von Einzelinteressen und Notwendigkeiten.

Christ und Staat

Die Theologische Erklärung von Barmen aus dem Jahre 1934 hat bekanntlich in ihrer 5. These die staatliche Ordnung nicht etwa grundsätzlich negativer Beurteilung unterworfen. Sie hat vielmehr im Angesicht der Bedrohung durch die brutale Macht der Nationalsozialisten positiv beschrieben, daß der Staat nicht umhin kann, Gewalt anzudrohen und auszuüben. Staatliche Gewalt aber ist daran gebunden, für Frieden – nach außen und innen – zu sorgen, und wird durch das Recht kontrolliert. Dieses Verständnis kann das evangelische Handeln im Staat bestimmen. Es besteht Grund, gerade jetzt wieder an diese Sätze der Barmer Erklärung angesichts dessen zu erin-

nern, was sich draußen abspielt an Aktionen gegen unsere und unsere verbündeten Streitkräfte.

Wir leben in einer staatlichen Ordnung, die die Androhung und Anordnung von Gewalt streng an das Recht bindet. Allen, die unserem Staat dienen, die in unserer Zeit – oft unter erschwerten äußeren Bedingungen – für Wahrung und – wo es sein muß, auch Durchsetzung des Rechts eintreten, gebührt unser Respekt.

Die staatliche Ordnung, in der wir leben, ist fundamental vom Unrechtsstaat des Dritten Reiches unterschieden. Niemand ist deshalb berechtigt, Widerstand gegen staatliche Anordnung damit zu rechtfertigen, daß er ein angeblich höheres Recht für eigene Verstöße in Anspruch nimmt. Legalität indiziert Legitimität. Evangelisches Handeln hat deshalb auszulegen und anzuwenden, was die Barmer Theologische Erklärung über den Auftrag des Staates lehrt. Staatliche Ordnung hat gerade da, wo sie Gewalt anzudrohen oder anzuwenden hat, den ihr gestellten Auftrag zu erfüllen, die Freiheit zu schützen und das Gewissen zu achten. Die Bürger des Staates haben die staatliche Ordnung vor Mißdeutung oder Mißbrauch zu bewahren. Zur Sicherung des Friedens nach außen und innen bedarf jedes Staatswesen entsprechender Machtmittel. Es darf weder darauf verzichten noch seine Macht zur Unterdrückung seiner eigenen Bürger und fremder Völker mißbrauchen.

Kriegsverhütung aus ethischer Sicht

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ stellte die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amster-

dam fest, und die Heidelberger Thesen vom Jahre 1959 sprechen deutlich aus, daß es keine grundsätzliche Rechtfertigung des Atomkrieges nach der Lehre vom gerechten Krieg geben kann. Sie stellten jedoch auch fest, daß die Beteiligung an dem Versuch, durch atomare Waffen „einen Frieden in Freiheit zu sichern“, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anzuerkennen ist. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Worte von Papst Johannes Paul II. an die 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1982 erinnern, in der er diese prinzipielle Aussage für die Gläubigen der Katholischen Kirche trifft:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden.“

Viele Menschen, die die Erwartung hegen, daß der Versuch der Kriegsverhinderung durch atomare Abschreckung im Laufe der Zeit durch andere Strategien, die einen Frieden in Freiheit sichern, abgelöst werden könnte, sehen sich heute enttäuscht.

Diese Enttäuschungen werden gefördert von den außerordentlichen moralischen Belastungen, denen der Mensch in unserem Zeitalter ausgesetzt ist. Zu ihnen gehört nicht nur, sich mit der Tatsache atomarer Rüstung abzufinden, sondern es gilt vor allem die Erkenntnis auszuhalten, daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine vollständige Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen.

Aus unserer christlichen Verantwortung heraus sind wir dem Realismus verpflichtet. Natürlich haben wir Ideale und wir sehnen uns nach dem ewigen Frieden. Wir wollen des Beste tun, aber wir wissen auch um die Bedingtheit dieses Tuns.

Wir wissen, daß der Mensch unvollkommen ist; wir leben aber auch in einer Welt, in der politische Vorstellungen – ideologisch in der leninistisch-marxistischen Staats- und Menschenauffassung begründet – Gewaltanwendung vorschreiben. Gewaltanwendung zum Zwecke „der besseren Zukunft des Menschen“.

Als Christ und Politiker versuche ich, meine Ideale zu fördern, muß aber dem Realismus verpflichtet bleiben. Vor diesem Hintergrund möchte ich versuchen, unsere Politik der Friedenssicherung durch einige Gedanken zu begründen:

Unsere Verteidigungsanstrengungen wären sittlich nicht zu rechtfertigen, wenn alle Menschen auf dieser Erde vom Gebot der Nächstenliebe bestimmt würden, wenn alle Menschen vom Gebot der Friedfertigkeit beseelt wären und wenn alle Menschen darauf bedacht wären, Unrecht zu vermeiden. Wir können uns aber nicht auf die Friedensabsichten aller verlassen, sondern wir müssen ständig mit der Übertretung des Gewalt- und Kriegsverbotes rechnen. Wer sich nicht selbst aufgeben will, muß deshalb das Recht zur Selbstverteidigung haben und sich hierauf auch vorbereiten dürfen.

Zielabdeckung der sowjetischen SS-20 und Zielabdeckung der PERSHING II und der landgestützten Marschflugkörper der NATO



• Standorte von SS-20
| Standorte von ICBM

Kriegsverhütung aus politischer Sicht

Unsere Sicherheit wird vor allem vom konventionellen Übergewicht der Sowjetunion und einem Potential an nuklearen Mittelstreckenwaf-

fen bedroht; dem das westliche Bündnis in Europa nichts Entsprechendes entgegenzusetzen hat. Angesichts dieser Situation brauchen wir eine Allianz, deren Völker fähig und bereit sind, sich zu verteidigen. Einen möglichen Gegner abzuschrecken, heißt nichts anderes, als ihn in der Wahl zwischen Krieg und Frieden zum Frieden zu bestimmen. Neben Abschreckung als friedenssicherndem Element steht die Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit.

Frieden allein – in dem Sinne bloßer Abwesenheit von Krieg – aber genügt nicht. Die Grundwerte unserer Gesellschaft, also Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Menschenrechte, stehen keineswegs auf einer niedrigeren Rangstufe als der Friede. Nein, sie sind sogar Vorbedingung des Friedens, und erst eine staatliche Politik, die allen diesen Werten in gleicher Weise gerecht zu werden versucht, ermöglicht ein menschliches Leben in Würde und Selbstbestimmung. Den Wert etwa der Freiheit einem Frieden zu opfern, in dem die Menschenrechte unterdrückt würden, würde uns schuldig machen vor unseren Mitbürgern, aber zugleich auch vor unseren Nachbarn. **Wenn wir also unser christliches Menschenbild und die Vorstellung von menschlicher Würde ernst nehmen, dann sind wir zur Sicherung des Friedens, aber auch zur Verteidigung eines Lebens nach dem Prinzip der Freiheit verpflichtet.** Diesen Prämissen folgt die Sicherheitspolitik dieser Bundesregierung. Folgende **sieben Leitlinien** bestimmen unsere Politik:

1. Wir gehören zum Westen. Das Bündnis für Freiheit und Frieden ist fester Bestandteil deutscher Politik. Hier verbinden sich unsere Grundwerte, unsere Lebensform und unsere Sicherheit. Der Frieden braucht die Freundschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

2. Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische Bündnis, für die

Partnerschaft mit den USA und Kanada und für die Gemeinschaft europäischer Völker wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern.

3. Kernstück der Allianz bleibt die fest verwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

4. In den Konsultationen mit unseren Verbündeten bringen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungsinteressen voll zur Geltung.

5. Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis aller Staaten. Wir wissen um das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Nichts rechtfertigt aber die Überrüstung der Sowjetunion, die die Sicherheit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient.

6. Nur eine umfassende Abrüstung könnte militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Bündiskonzeption von Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage des Gleichgewichts und der Kooperationsbereitschaft über ideologische Grenzen hinweg unverzichtbar.

7. Wir können die Nuklearwaffen nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Ein einseitiger Verzicht würde die auf uns gerichtete nukleare Bedrohung nicht mindern, sondern die Gefahr eines Krieges erhöhen.

Die westliche Doppelstrategie von Abschreckung und Entspannung fordert; derzeit noch am Abschreckungsprinzip festzuhalten. Denn Abschreckung ist als friedenssicherndes Prinzip militärisch vernünftig und moralisch begründet, und dafür gibt es drei Gründe:

Erstens: Ein nuklearer und konventioneller Krieg können nur dann verhindert werden, wenn militärische Kräfte darauf vorbereitet sind, auf einen Angriff zu reagieren und die Verteidigung mit konventionellen und nuklearen Mitteln zu führen.

Zweitens: Einen aufgezwungenen Krieg unter den heutigen Bedingungen erfolgreich zu führen, kann nicht heißen, ihn zu gewinnen.

Selbst in einem konventionellen Krieg wird es künftig immer weniger möglich sein, von Siegern und Besiegten zu sprechen; denn schon die Wirkung konventioneller Waffen ist so verheerend, daß es nur noch Besiegte geben kann.

Drittens: Ziel aller Abschreckung muß einzig und allein sein, einen Krieg zu verhindern. Bei Versagen der Abschreckung kann es nur darum gehen, den Krieg so rasch wie möglich zu beenden und den Friedenszustand wiederherzustellen. Mit anderen Worten: einen Krieg, wenn er uns denn aufgezwungen würde, erfolgreich führen, kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur heißen: so schnell wie nur möglich, und so verlustarm wie nur möglich, den Frieden gewinnen.

Bei unkalkulierbar hohem Risiko für den Angreifer, bei der Erwartung eines unannehmbar hohen Schadens ist die Abschreckung stabil, wird die Entscheidung für den Frieden ausfallen. Risiko und Schadensermutung hängen davon ab, daß die Kräfte eines angegriffenen Landes oder Bündnisses hinreichen, um zu verteidigen zu können. Wille und Fähigkeit zur Verteidigung müssen für den potentiellen Aggressor objektiv erkennbar sein.

In diesem Zusammenhang will ich ein Wort zu den Nuklearwaffen in unserer Strategie sagen:

In der Strategie der Atlantischen Allianz haben Nuklearwaffen eine entscheidend abschreckende Wirkung. Sie leisten damit ihren Beitrag zur Verhinderung des Ausbruchs eines Krieges. Allein aus diesem Grund kann man diese Waffenkategorie nicht einfach einseitig und selektiv unter dem Aspekt der Selbstvernichtung betrachten. Sie muß vielmehr im Umfeld von Kriegsgefahr und deren Minderung gesehen werden.

Bei der entscheidenden Frage, ob Nuklearwaffen moralisch zu rechtfertigen sind, muß vor allem von der ethischen Problemstellung ausgegangen werden. Mit welchen Mitteln und mit welcher Strategie kann unter den heutigen Umständen Frieden in Freiheit am ehesten

erhalten werden? Welche Strategie erreicht den höchsten Grad der Kriegsverhütung? Die Androhung von Nuklearwaffen darf nicht nur in der Androhung selbst gesehen, sondern es muß die Wirkung der Androhung bewertet werden, die den Frieden erhält.

Friedenserhaltung kann aber nicht unmoralisch sein. Solange ein potentieller Aggressor Nuklearwaffen besitzt, benötigt ein Verteidiger angemessene nukleare Gegenmittel, die die der anderen Seite ausbalancieren. Verfügt ein potentieller Aggressor zusätzlich über konventionelle Überlegenheit, bedingt diese eine Abschreckung des Verteidigers, die qualitativ über der Ebene des Konventionell-Militärischen liegen muß. Sie muß zusätzlich in der Lage sein, bei Versagen der Abschreckung diese wiederherzustellen. Dies kann auf westlicher Seite unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem durch die Androhung und notfalls durch politisch kontrollierten Einsatz von Nuklearwaffen unter dem Aspekt begrenzter Schadenszufügung auf der Seite des Aggressors und begrenztem Schadensrisiko auf eigener Seite geschehen.

Der Verzicht des Schwächeren auf die Option, gegebenenfalls als erster auf Nuklearwaffen zurückgreifen zu müssen, könnte unter diesen Umständen das Risiko eines Krieges erhöhen und ist damit nicht zu rechtfertigen. Die NATO, das liegt in ihrer Philosophie, wird nur zu den Waffen greifen, wenn sie angegriffen wird. Das ist doppelter Ersteinsatzverzicht, sowohl für konventionelle wie für Nuklearwaffen.

Bei der Aufzählung unserer friedens- und sicherheitspolitischen Prämissen habe ich sehr deutlich den Faktor unterstrichen, daß Abschreckung alleine uns keine Sicherheit bietet. Deshalb folgt unsere Sicherheits- und Friedenspolitik konsequent dem im Harmel-Bericht der Allianz von 1967 festgelegten Auftrag, zur politischen Stabilisierung durch Kooperation mit der anderen Seite beizutragen.

Unser Bestreben, den derzeitigen Zustand der Konfrontation zu überwinden, zeigt sich in unseren Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung. Wir liegen darin in der von der EKD-Denkschrift aufgezeigten Linie.

Hierzu zitiere ich aus der Rede des Bundeskanzlers vor den Kommandeuren der Bundeswehr am 15. Februar 1984:

„Zum einen müssen wir das Ost-West-Verhältnis durch ein Geflecht vielfältiger Beziehungen, vertrauensbildender Maßnahmen und Rüstungskontrolle weiter stabilisieren. Zum anderen müssen wir unsere Fähigkeit zur Verteidigung konsequent stärken. Wir müssen vor allem auch die Überzeugung vermitteln, daß der demokratische und soziale Rechtsstaat, daß unsere Freiheit es wert sind, verteidigt zu werden.“

Es ist die Suche nach einem Geflecht kooperativer Beziehungen über ideologische Grenzen hinweg, das uns in die Lage versetzen soll, auf Dauer Zustände der Konfrontation zu überwinden. Dies heißt für uns doch: **Wir müssen danach streben, daß die nukleare gegenseitige Drohung einem System weicht, das auf der Basis gleichgerichteter Sicherheitsinteressen Sicherheit kooperativ garantiert.** Sicherheit gemeinsam mit den anderen entwickeln, ist die einzige Richtung, die überhaupt Zukunft hat. Ein wichtiges Mittel auf dem Wege dahin, das jetzt schon zur Verfügung steht, ist die Rüstungskontrollpolitik. Die Geschichte unserer Welt nach dem II. Weltkrieg hat aber deutlich werden lassen, daß nur bei stabilen internationalen politischen Zuständen überhaupt die Voraussetzungen für Rüstungskontrollfolge gegeben sind. Diese notwendige politische Stabilität beruht nach wie vor auf dem Prinzip des ungefähren Gleichgewichts zwischen Ost und West, das keiner Seite die Möglichkeit schaffen soll, Optionen machtpolitisch durchzusetzen.

Nuklearwaffen sind ein sehr wichtiger Faktor des Gleichgewichts, und gerade die Rüstungskontrollverhandlungen über nukle-

are Waffen, bei denen es um den schrittweisen Abbau von Überlegenheiten geht – ohne das Kräfteverhältnis aus dem Gleichgewicht zu bringen –, sind für uns evangelische Christen ein Angebot und eine Rechtfertigung zugleich, mit nuklearer Abschreckung leben zu können. Das Vertrauen darauf, daß unsere Regierenden vom Willen beseelt sind, gerade nukleare Waffen unter besonderer Kontrolle zu halten, sollte es uns leichter machen, die jetzige Form der Abschreckung noch mittragen zu können.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Es geht heute nicht darum, den Traum einer entnuklearisierten Welt zu träumen. Es geht darum, alle Kräfte für einen verantwortungsbewußten Umgang mit den Nuklearwaffen zu stärken. Militärdokant Gramms hat dieses Bemühen als ein entscheidendes Feld der politischen Ethik überhaupt bezeichnet, und er sagte dazu wörtlich:

„Ein wichtiger Beitrag der Kirche liegt darin, die Entwicklung einer weltweiten akzeptierten Friedensethik zu fördern. Ausgehend von

„Der Sinn der Geschichte kann sicher nicht sein, daß sie im Atomtod erlischt, aber auch nicht, daß sie Beute des politischen Totalitarismus wird, zumal das letztere keineswegs die Gewähr für die Vermeidung des ersteren wäre.“

Aus der mündlichen Urteilsbegründung in dem Prozeß gegen den Tübinger Rhetorikprofessor Walter Jens.

bereits vorhandenen Grundlagen wie der Charta der Vereinten Nationen und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sollte es gelingen, den Grundbestand ethischer Grundsätze, die auch von Diktatoren anerkannt werden, für das internationale Verhalten beizubehalten und schrittweise zu vergrößern. Dabei kommt der Weiterentwicklung des Völkerrechts eine entscheidende Bedeutung zu.“

Zum Schluß ein Zitat von Friedrich Nietzsche:

„Im zwanzigsten Jahrhundert werden diejenigen in einer Gesellschaft die eigentliche Macht ausüben, die fähig sind, ihre Sprachregelung in der Gesellschaft durchzusetzen. Dann ist Wahl der Begriffe und der Sprache kein Nebenkriegsschauplatz, sondern dann wird der Kampf um die Sprache zur entscheidenden Schlacht.“

Hüten wir uns als evangelische Christen davor, die Sprachverwirrung, die wir augenblicklich in unserem Lande haben, zu stärken. Hüten wir uns davor, Mitläufer zu sein von Menschen, die emotionalisiert den Gedanken der Friedenssicherung pervertieren. Hüten wir uns davor, Politik aus ihrer realen Dimension befreien zu wollen. Bleiben wir Realisten. Ich bin mir darüber im klaren, daß gerade wir als Christen das Spannungsverhältnis zwischen dem, was sein sollte, nämlich eine friedvolle Welt ohne Androhung von Waffengewalt, und den aktuellen Möglichkeiten der Friedenssicherung ertragen müssen. Wir müssen Realisten sein und wissen, daß wir wahrscheinlich aus vielerlei Gründen auf die Abschreckungsstrategie mit ihrer atomaren Komponente angewiesen sein werden und mit ihr leben müssen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Angst zu säen, sondern mit der Botschaft Gottes die Angst überwinden zu helfen.

(Quelle: Briefdienst 12/84 des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“. Die Beiträge der „Briefdienste“ sind keine gemeinsam beschlossenen Äußerungen des „Arbeitskreises Sicherung des Friedens“, sondern verstehen sich als Diskussionsbeiträge, deren Redaktion von D. Dr. Eberhard Müller, Akademieweg 11, 7325 Bad Boll, Tel.: (07164) 79281 besorgt wird.)

„Pax“ oder „Schalom“?

Die Friedenskonzepte im zeitgenössischen Protestantismus

Hans-Dieter Wichter

Dr. rer. pol. Hans-Dieter Wichter, Diplom-Volkswirt, arbeitet im Bereich der staatlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung. Bevorzugte Forschungsgebiete sind neben den Grundproblemen einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Hier setzt er sich insbesondere mit der auch aus der christlichen Ethik herleitbaren Begründung eines auf Machtbalance beruhenden internationalen Sicherheitssystems auseinander. Die in nachfolgendem Aufsatz dargelegten Gedanken stellen ausschließlich seine persönliche Ansicht dar.

Mit den wieder auflebenden Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wird die Diskussion um den Frieden auch und insbesondere in der evangelischen Kirche erneut intensiviert werden. Auf Grund der Erfahrungen in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit ist zu erwarten, daß aus dieser Diskussion heraus neue Empfehlungen an die sicherheitspolitisch Verantwortlichen gerichtet werden. Vermutlich wird dabei wieder unklar sein, welche exakte Grundkonstruktion die anzustrebende Friedensordnung haben soll.

Idee der Machtbalance

Aus der Diskussion um neuzeitliche Sicherheitssysteme können aus der Sicht des zeitgenössischen Protestantismus zwei grundsätzlich verschiedene Systeme internationaler Friedensordnungen herausgearbeitet werden. Zum einen gibt es das gegenwärtig für den nordatlantischen Raum bzw. Europa geltende Sicherheitskonzept, das auf einer komplizierten und technisch ausgefeilten Balance konventioneller und nuklearer Waffensysteme beruht. Die Angst vor dem Zurückschlagen des Gegners, vor seiner Zweitschlagskapazität, hält den jeweils anderen Staat bzw. das jeweils andere Bündnis

davon ab, andere Staaten oder Staatensysteme zu bedrohen oder im Extremfall anzugreifen und zu unterwerfen. Dieses in seiner Komplexität historisch bisher noch nie realisierte Sicherheitssystem hat zu einem seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehenden internationalen Frieden in der nördlichen Hemisphäre geführt. Vierzig Jahre ohne einen Krieg hat es allenfalls nur im System Metternich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben. In einem System, was im Hinblick auf die Idee der Machtbalance gewisse Parallelen mit dem heutigen aufweist.

Frieden – Verpflichtung zum Handeln

Dieses gegenwärtig bestehende und auf der Balanceidee basierende Friedenssystem korrespondiert mit dem aus der römischen Antike her bekannten Begriff des „Pax“. Dieser Begriff stellt letztlich auf einen Zustand der Ruhe ab, der mit Hilfe von Waffen gegen eine Nation durchgesetzt wurde („Befriedung“) oder der durch ein Gleichgewicht der Waffen erzielt werden konnte („Frieden i.e.S.“). „Pax“ bedeutet gleichsam ein (temporäres) Schweigen der Waffen und damit die immer wiederkehrende Aufgabe, den Frieden mit Waffen zu sichern. Der Begriff paßt also nicht auf einen dauerhaften Endzustand, bei dem der Frieden durch eine völlige Abwesenheit von Waffen realisiert wird. Für ein „Gleichgewichtssystem“, das auf der Idee des „Pax“ beruht, muß stets etwas getan werden.

Akzeptanzprobleme

Für einige Denkrichtungen des gegenwärtigen Protestantismus ist eine derartige Friedensordnung mit dem Glauben nicht vereinbar und

daher auch politisch unakzeptabel. Die kirchlichen Gruppierungen, die derartige Ansichten vertreten, nehmen auch nach der Nachrüstungsdebatte von 1983 an Bedeutung zu. Hierauf deuten zahlreiche mündliche und schriftliche Erklärungen aus verschiedenen Landeskirchen und kirchlichen Vereinigungen hin. Genannt seien beispielhaft die – durchaus besonnene – Erklärung der Evangelischen Kirche in Rheinland zur Friedensverantwortung der Christen von Januar 1984, die heute noch Gültigkeit besitzt, oder die Friedensdenkschrift des Reformierten Bundes, die wegen ihrer Absolutheit bereits in die Geschichtsschreibung der Friedensdiskussion eingegangen sein dürfte.

Ausgangspunkt nahezu aller Erklärungen ist die soeben beschriebene gegenwärtige Situation, in der die Mehrheit der Wähler und der Politiker auf die Balance der Waffen vertraut. Indem sich die überwiegende Zahl der Menschen auf ein Friedenssystem des „Pax“ verläßt und einem durch Waffen erzeugten Vakuum vertraut, sind diese Menschen – gemessen an den vollkommenen und auf das Bild des gewaltlosen Jesus Christus abstellenden Kriterien der christlichen Ethik – für eine friedfertige Weltgesellschaft noch unbrauchbar.

Unsere Autoren:

Landtagspräsident
Albrecht Martin, MdL
Deutschausplatz 12
6500 Mainz 1

Staatsminister
Friedrich Vogel, MdB
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Dr. Hans-Dieter Wichter
Hardt 90
4018 Langenfeld (Rhld.)

„Schalom“ – Heilsein und Heilbleiben

Denn diese Denkrichtung des Protestantismus orientiert sich an der zweiten hier betrachteten Friedensordnung, die im ersten Zugang von der Grundstruktur her an den alttestamentlichen Friedensbegriff des „Schalom“ erinnert. Zunächst deckt dieser Begriff durchaus den Zustand „Abwesenheit von Krieg und Gewalt“ ab. Dies jedoch ist nur eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für den Zustand des „Schalom“. Hierzu gehört dem Alten Testament zufolge mehr: Friede konstituiert sich durch das Heilsein der Beziehungsgefüge innerhalb einer Gemeinschaft sowie durch das Heilsein oder anders: die Ganzheit der Beziehungen zwischen Gesellschaften. Die Gemeinschaften der Menschen müssen intakt sein, wenn von „Schalom“ gesprochen werden soll. Dies muß nicht die Abwesenheit jeglichen Konfliktes bedeuten. Sie müssen nur immer so geordnet und friedfertig ausgetragen werden, daß ein „Heilbleiben“ der Gesellschaften gewährleistet bleibt. Es geht im Grunde also um einen Zustand ohne eine Bedrohung durch Waffen.

Der Begriff des „Schalom“ stellt einen wichtigen Grundstein, gleichsam ein „Minimalprogramm“ der neuprotestantischen Forderung nach einem „absoluten“ Frieden dar. Dieses „Minimalprogramm“ alleine reicht aber nicht ganz aus. Hinzu kommt das Moment der im Neuen Testament verheißenen Erlösung, die mit der Rettung durch Jesus Christus verbunden ist. Auf die damit gekoppelte Herstellung des absoluten Friedenszustandes stellen die Protagonisten der hier analysierten Denkschule ab, die der Einfachheit halber im folgenden mit dem Begriff des „Schalom“ umschrieben sein soll.

Waffenlosigkeit statt Waffengleichheit

Wesentlich bei dieser überaus aktiven Denkrichtung ist, daß die Menschheit nicht passiv auf den von Gott zugesagten und in der

Bibel verheißenen endgültigen Friedenszustand warten soll. Wie etwa der eingangs erwähnten Erklärung der rheinischen Landessynode entnommen werden kann, besteht durchaus die in Gott begründete Hoffnung, daß die durch Gottes potentielle Gnade bereits jetzt schon latent friedfertige Menschheit auf Erden bereits Realität werden kann, wenngleich in einer nicht genau bestimmten Zukunft. Wenn dann aber die Durchdringung des Individuums und darauf aufbauend aller Gesellschaften gelingt, zöge dies unmittelbar den ersehnten umfassenden inneren und äußeren Frieden nach sich. Nicht mehr die Balance der Waffen wird in dieser Endzeit den Frieden garantieren, sondern die völlige Waffenlosigkeit. Auch die berühmte **Friedensdenkschrift des Reformierten Bundes** geht davon aus, daß Gott allen Menschen in Jesus Christus Frieden gewährt: *„In der Versöhnungstat Jesu Christi begründet er die neue Wirklichkeit: Die ganze Welt ist mit Gott versöhnt. In dieser Wirklichkeit leben wir. Ihr sollen wir durch unser ganzes Leben im Glauben und im Gehorsam entsprechen.“*

Schritte einseitiger Abrüstung

Vor diesem Hintergrund verlangen die Vertreter der „Denkschrift des ‚Schalom‘“ konsequenterweise bereits schon in der Gegenwart Schritte auf dem Weg zum angestrebten und erhofften Endzustand der Welt. Es soll einseitig-voluntaristisch eine Art Übergangsphase des menschlichen und internationalen politischen Zusammenlebens initiiert werden. Wenngleich es sich anerkanntermaßen hierbei um eine sehr labile Zeit bis zur Erreichung des „Endfriedens“ handelt, die mit den Risiken der Unfreiheit und der Ausbeutung behaftet ist. Gleichwohl soll der Abbau der gegenwärtig installierten Abschreckungssysteme nach und nach durch ein System vertrauensvoller Verhandlungen und einseitiger Vorleistungen versucht werden. Insbesondere die einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der reiferen – westlichen – christlich orientierten Gesellschaften sollen bei der Ver-

„Gott und die Welt“

I. Deutsches Fernsehen (ARD)

Freitag, 19. April 1985,
22.00 Uhr

mit Beiträgen aus dem
Evangelischen Arbeitskreis

trauensbildung eine wesentliche Rolle spielen. Gewisse Risiken müssen daher von den friedfertigen Christen bewußt eingegangen werden, wenn sie die gegenwärtigen und „in höchstem Maße unbefriedigenden“ Sicherheits- bzw. Balancesysteme überwinden wollen. Die **Friedensdenkschrift des Reformierten Bundes** hat dies sehr präzise formuliert: *„Im Vertrauen auf die auch unseren Feind einschließende Versöhnungstat Jesu Christi wollen wir allen Taten des Unfriedens, allen verzerrten Bildern von Menschen und Völkern und darum auch allen mit solchen Feindbildern gerechtfertigten Massenvernichtungsmitteln den Abschied geben.“*

Zwangsläufig können die Protagonisten der „absoluten“ Friedensordnung nicht angeben, wann der Zustand der umfassenden Friedfertigkeit, des Heilseins der Weltgesellschaft eintritt. Über den Erfolg der unilateralen Friedensmaßnahmen wird kaum etwas ausgesagt. Zugegeben wird allerdings, daß der Weg dorthin schwer und nicht ohne Leiden zu gehen sein wird.

Prinzip Hoffnung

Hierbei schwingt natürlich die Hoffnung mit, daß eine konsequente Gewaltlosigkeit der Christenheit den in der Übergangsphase noch zu Gewalt neigenden Teil der Menschheit überzeugt. Das klaglose Dulden der Christen bei noch verbleibenden Akten der Aggression wird die Gewalttätigen zur Einsicht in das Verwerfliche ihres Tuns zwingen.

Wenn die soeben dargestellten unterschiedlichen Friedenskonzeptionen weniger unter theologischen als vielmehr unter politikwissen-

schaftlichen Gesichtspunkten analysiert werden, so ist der utopische Charakter der zuletzt dargestellten Friedensordnung unverkennbar. Sie kann einer realistischen Sicherheitspolitik keine Handlungsanweisungen und auch keine ethischen „Hintergrundinformationen“ liefern. Dabei darf die „Denkschule des 'Schalom'“ in ihrem zukünftigen Einfluß auf die Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland nicht unterschätzt werden. Denn in Zukunft wird das gültige Konzept des Gleichgewichtes der Waffen, also des „Pax“, mehr denn je auf der Bereitschaft jedes einzelnen beruhen, sich positiv in unserem Sicherheitssystem zu engagieren.

Glaubwürdige Wehrbereitschaft

Die geburtenschwachen Jahrgänge wachsen nach und nach in unser Verteidigungssystem hinein. Jede Persönlichkeit wird benötigt werden, um die Philosophie der flexiblen Reaktion glaubhaft sichern zu können. Damit aber wird die gemeinsame Ansicht über die Notwendigkeit unseres derzeitigen Sicherheitssystems lebensnotwendig. Eine mehr und mehr Platz greifende Desorientierung könnte dazu beitragen, daß Wehrpflichtige und Reservisten nicht nur in geringerer Zahl, sondern auch mit einer unzureichenden inneren Bereitschaft dem gegenwärtig gültigen Sicherheitssystem zur Verfügung stehen.

Die protestantische Denkrichtung, die auf die Erreichung einer absoluten Friedensordnung abstellt, kann allerdings keinen Ausschließlichkeitsanspruch bei der Auslegung des evangelischen Glaubens erheben. Es gibt traditionelle Denkschulen, an denen sich auch heute noch protestantische Christen orientieren können.

Grundmuster der Machtbalance

Die älteren protestantischen Autoren haben für das Leben vor dem von Gott in der Bibel bestimmten Zeitpunkt bei Stellungnahmen zur irdischen Friedensordnung zu-

meist auf ein System des „Pax“ rekurriert. Ausgangspunkt war dabei stets die These von der Fehlbarkeit und der Schwäche der menschlichen Vernunft. Wenn der Bibel gefolgt werden kann, ist der Mensch zu jeder Zeit der „Versuchung des Bösen“ ausgesetzt, nach der Macht über andere Menschen zu greifen und sie zur Unterdrückung zu nutzen. Dies gilt nicht nur für Individuen. Ganze Gesellschaften, Völker und Staaten neigen grundsätzlich zum „Bösen“. Stets droht von ihnen die Gefahr, daß sie mit Akten der Gewalt andere Systeme zu beherrschen versuchen. Diese Erkenntnis führt unter der Voraussetzung, daß im Rahmen eines System des „Pax“ ein „relativer Friede“ in „relativer“ Freiheit angestrebt wird, zu einem Denken in grundlegenden Kategorien des Machtausgleichs, der Balance der Waffen, des In-Schranken-Haltens. **Martin Luther** hat bei der Entwicklung seiner Zweireiche-Lehre und damit bei einer Überwindung des konstantinischen Machtdenkens auf folgenden Zusammenhang aufmerksam gemacht: *„...sintemal wenige glauben und der wenigere Teil sich hält nach christlicher Art, daß er nicht widerstrebe dem Übel, ja daß er nicht selbst Übel tue, hat Gott denselben außer dem christlichen Stand und Gottes Reich ein anderes Regiment verschafft und sie unter das Schwert geworfen, daß, ob sie gleich gerne wollten, sie doch nicht tun könnten ihre Bosheit und, wenn sie es tun, daß sie es doch nicht ohne Furcht, noch mit Friede und Glück tun können.“* (Von weltlicher Obrigkeit, 1523). Dieses Grundmuster der Machtbalance hat mutatis mutandis auch Gültigkeit im zwischenstaatlichen Verhältnis. Luther hat dies aus seiner Zeit heraus etwa wie folgt umschrieben: *„... Ja, wenn die Leute rechtschaffen wären und gerne Frieden hielten, so wäre das Kriegführen die größte Plage auf Erden. Wohin rechnest Du aber das, daß die Welt böse ist und die Leute nicht Frieden halten wollen...? Diesem Unfrieden, der in aller Welt verbreitet ist und vor dem kein Mensch bewahrt bleiben könnte, muß der kleine Unfriede, der ‚Krieg‘ oder ‚Schwert‘ heißt,*

steuern.“ (Ob Kriegsleute auch in seligem Stand sein können, 1526). „Krieg“ oder „Schwert“ heißt heute nichts anderes als die Balance durch die Waffensysteme.

Pax – „relative Gnade“ Gottes

Auch und gerade im Denken der reformierten bzw. calvinistischen Tradition spielt die zentrale Grundannahme eines jeden Systems des Machtausgleiches die entscheidende Rolle, daß „... wir ganz und gar untüchtig sind zu einigem Guten und geneigt zu allem Bösen... es sei denn, daß wir durch den Geist Gottes wiedergeboren werden...“. (Heidelberger Katechismus, 8. Frage und Antwort). Aufbauend auf dieser Grunderkenntnis haben sich etwa die Hugenotten stets wehrbereit gezeigt, wenn es galt, den innerstaatlichen Ausgleich im Frankreich des 16. Jahrhunderts zu schaffen. So hat etwa auch der durch und durch friedfertige preußische König Friedrich Wilhelm I., ausgehend von seinem calvinistischen Grundbekenntnis, den Frieden in einem starken Heer und damit in einer glaubwürdigen Wehrbereitschaft gesucht und gefunden. Die altprotestantische Denkweise stellt auf den Begriff des „Pax“ ab. Die Herstellung einer absoluten Friedensordnung, eines Idealbildes des Friedens ist ein integraler Bestandteil der für den Menschen unerforschbaren Gnade Gottes. Der Mensch kann den Zustand des „Schalom“ in dem oben dargestellten Sinne nicht erreichen. Er muß mit den menschlichen Unvollkommenheiten „dieser Welt“ leben und versuchen, jeweils „relative“ Friedenssituationen zu realisieren. Der für die Sicherheitspolitik Verantwortliche muß das Negative einkalkulieren und realistischere Vorkehrungen treffen, um den Frieden durch ein komplexes Droh- oder Zwangssystem – ganz im Sinne der älteren protestantischen Autoren – zu sichern. Gelingt die Herstellung und Bewahrung eines derartigen Gleichgewichtes, einen „Pax“, so kann dies aus älterer protestantischer Sichtweite durchaus als „relative Gnade“ Gottes interpretiert werden.

Aus unserer Arbeit

Evangelischer Arbeitskreis der CDU des Rhein-Sieg-Kreises gegründet EAK-Bundesgeschäftsführer hielt Grundsatzreferat

Sankt Augustin: Eine erfreuliche Resonanz fand die gemeinsame Einladung des Vorsitzenden der CDU des Rhein-Sieg-Kreises, Helmut Söntgerath, und des stellvertretenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises im Rheinland, Peter Hintze, zur konstituierenden Sitzung eines Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Rhein-Sieg-Kreis:

Weit mehr als 50 CDU-Mitglieder aus fast allen Bereichen des Rhein-Sieg-Kreises fanden sich am Montag, dem 25. Februar 1985, im Augustiner Hof ein. Unter ihnen Landrat Dr. Franz Möller, MdB, der diese Initiative engagierter evangelischer CDU-Mitglieder und des CDU-Kreisvorstandes ausdrücklich begrüßte. Landrat Möller betonte ebenso wie Peter Hintze, beurlaubter Pfarrer und z. Z. Zivildienstbeauftragter der Bundesregierung, die inhaltliche Unterstützung, die ein Evangelischer Arbeitskreis der Kreispartei und ihren Mandatsträgern geben könne. Dies sei gerade in der zurückliegenden und noch immer andauernden Diskussion um die Sicherung des Friedens in Freiheit besonders deutlich geworden.

Hiermit schloß MdB Möller an die Ausführungen des EAK-Bundesgeschäftsführers an, der zum Thema „Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU – was er ist und was er will –“ gesprochen hatte.

Hackler: „Die Gründer des EAK haben einen Beitrag zur Überwindung der konfessionellen Spaltung in unserem Land geleistet und evangelische und katholische Christen zu gemeinsamer politischer Verantwortung in einer großen demokratischen Partei zusammengeführt. Erst auf dieser breiten Basis war die erfolgreiche Politik Konrad Adenauers und der Wiederaufbau in der Bundesrepublik Deutschland möglich.“ Nach den Ausführungen des Referenten haben sich die Schwerpunkte in der Arbeit des EAK im Laufe der Jahre verändert. Während man in der Gründerzeit der Union stark im Zeichen der Selbstfindung von CDU/CSU engagiert gewesen sei, ist die Arbeit heute stark auf die geistig-politischen Auseinandersetzungen im Raume der Evangelischen Kirche ausgerichtet. Dabei verstehe sich der EAK als Hörrohr und Impulsgeber zugleich. Er sei vor allem eine Sonde in einen gesellschaftlich sensiblen Bereich hinein, in dem sich Herausforderungen an die Politik – Arbeit und Arbeitslosigkeit, Ökologie und Ökonomie, Dritte-Welt-Problematik, die Frage

des Erhalts von Frieden in Freiheit – weit aus früher abzeichneten als andernorts. Die in solchen Auseinandersetzungen gewonnenen Erkenntnisse bringe der EAK als klare Vorstellungen aus evangelischer Sicht in die politische Diskussion der Union und der Öffentlichkeit ein.

Hackler: „Wir sind ohne Anflug der Selbstüberschätzung so etwas wie ‚Sauer-teig‘ und ‚Triebfeder‘ in einer anhaltenden Grundsatz- und Wertediskussion. Insofern ist der EAK also Forum der geistigen Auseinandersetzung und Klärung, das durchaus selbstkritisch Themen aufgreifen und behandeln kann, also auch für Leute offensteht, die sich kritisch mit der CDU auseinandersetzen; vor allen Dingen für junge Leute.“

Darüber hinaus sieht Hackler eine wesentliche politische Aufgabe des EAK unverändert darin, möglichst viele evangelische Wähler für die CDU zu gewinnen und dafür zu sorgen, daß das spezifisch Evangelische in der CDU wirksam ist, programmatisch wie personell. Und daß das für die evangelischen Wähler auch deutlich wird.

Im Anschluß an die von Peter Hintze geleitete Aussprache über das Referat fanden Vorstandswahlen statt. Dabei versahen die Sitzungsteilnehmer den zukünftigen EAK-Kreisvorsitzenden, Dr. Roland Kirstein aus Königswinter, Kreistagsmitglied und im Beruf Richter am Landgericht Bonn, mit einem deutlichen Vertrauensvorschuß. Rechtsanwalt Erhard Hackler, Alfster, wählte man zum stellv. Kreisvorsitzenden, um auch im linksrheinischen Gebiet einen Repräsentanten des EAK zu haben.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Gerhard-Chr. Kueßner aus Swisttal-Odendorf, Heinz Otto aus Siegburg, Arnulf Linden aus Bad Honnef, Manfred Kraft aus Troisdorf und Dr. Gerhard Voss aus Sankt Augustin.

Werte in der Diskussion

Albstadt-Ebingen: „Christliche Maßstäbe für eine verantwortliche Politik“, lautete das Thema einer Vortragsveranstaltung mit dem Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg, Erich Schneider, im Januar in Albstadt.

Rainer Sindlinger, Vorsitzender des im Oktober neugegründeten EAK der CDU im Zollernalbkreis, hatte zu dieser Vortrags- und Gesprächsveranstaltung über christliche Grundwerte eingeladen.

In seiner kritischen Betrachtung warnte Landtagspräsident Erich Schneider vor

vollbesetztem Saal davor, in einem Ausstieg aus Wissenschaft und Technik das Heil der Welt zu erhoffen. Ebenso wenig aber dürfe einer blinden Fortschrittsbegeisterung und unreflektierten Wissenschaftsgläubigkeit das Wort geredet werden. Am Horizont neuer Technologien seien keineswegs paradiesische Erwartungen sichtbar. Ein rohstoffarmes Land wie Baden-Württemberg sei jedoch im Bereich der Wissenschaft und Technik auf den Fortschritt unabdingbar angewiesen, um unter veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben. Schneider, seit vielen Jahren selbstmotorische Kraft des Evangelischen Arbeitskreises, hob angesichts einer um sich greifenden Lebensangst, Unsicherheit und Verzagttheit – Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Einsamkeit und Bindung zugleich, vor Technik, vor Umweltzerstörung, vor Kernenergie und Angst um den Frieden – als überzeugter Christ die hohe Bedeutung des menschlich-familiären Bereichs hervor. Angesichts solcher Herausforderungen gewinne das Verhältnis zwischen Glauben, Kirche und Politik wieder eine neue Aktualität. Schneider sprach sich klar gegen jede Vermischung von Politik und Religion aus; man dürfe „religiöse Heilserwartung nicht mit politischen Zielen verwechseln“.

In weiteren Ausführungen befaßte sich der CDU-Politiker mit den Fragen der Erhaltung von Frieden in Freiheit, der Gesinnungs- und Verantwortungsethik und dem Auftrag der Hilfe gegenüber den Ländern der Dritten Welt sowie dem Spannungsverhältnis von Ökologie und Ökonomie:

„Wir, die Kirche und die Politiker, müssen den Menschen veranlassen, sein Verhältnis zur belebten und unbelebten Natur insgesamt grundsätzlich neu zu überdenken und zu gestalten und Antworten finden auf die Fragen, wo die ökologischen Grenzen liegen, die nicht überschritten werden dürfen, ohne sich an der folgenden Generation zu versündigen“.

Nachdrücklich verwies der Redner darauf, aus dieser Art Fragestellung keinerlei Weltuntergangsstimmung heraushören zu dürfen. Wichtig sei vielmehr, daß christliches Handeln, umgesetzt in politisches Handeln, vom Auftrag der Nächstenliebe, vom Auftrag der menschlichen Mitverantwortung bestimmt werde.

In der sich anschließenden Gesprächsrunde wurden vor allem Fragen des Welterüstens, der Familienpolitik und des Umweltschutzes aufgeworfen.

Rainer Sindlinger lädt bereits heute zur nächsten Gesprächsrunde im April unter dem Thema „Was erwarten wir von unseren Politikern?“ herzlich ein.

Ökologie Schöpfungsauftrag und Ersatzreligion

Darmstadt: Im Justus-Liebig-Haus veranstaltete der EAK der CDU Hessen am 9. Februar 1985 eine öffentliche Fachtagung zum Thema „Ökologie Schöpfungsauftrag und Ersatzreligion“. Der Zuspruch war groß, und der Landesvorsitzende des EAK, **Arnulf Borsche**, konnte auch viele Persönlichkeiten aus Kirche und Politik begrüßen. Keine Patentrezepte erwarte er von der Tagung, so sagte er in seiner Eröffnungsansprache, es komme vielmehr darauf an, sich im Umgang mit der Natur daran zu erinnern, daß dem Menschen mit der Herrschaft über die Erde Verantwortung und die Pflicht zum Ausgleich zwischen Nutzung und Erhaltung der Schöpfung auferlegt sei. Der Leitspruch könne daher nur lauten „Bebauen und bewahren, gestalten und erhalten, nutzen und schützen“. In einer Zeit, in der dem Schutz der Umwelt zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, gingen manche Zeitgenossen dazu über, durch Horrorvisionen Ängste zu schüren und diese zur Durchsetzung bestimmter politischer Zielvorstellungen zu mißbrauchen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung werde die Ökologie für viele zu einer Ersatzreligion.

Das Hauptreferat zum Tagungsthema hielt Professor Dr. **Focko Weberling** von der Universität Ulm. Er behandelte das Ökologie-Problem ausschließlich auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, fernab jeglichen ideologischen Einschlags. „Was mich stört, ist der apokalyptische Eifer, mit dem man die Technologiefeindlichkeit und Angst schürt“, sagte der Referent wörtlich. Am Beispiel der von den Alternativen verteuerten Düngung erläuterte er dies. Bereits das Etikett „chemische“ Düngung sei falsch, da es sich um eine „mineralische“ Düngung handele. Mit pseudowissenschaftlichen Argumenten, falschen Meßwerten und abenteuerlichen Behauptungen werde operiert, um letztlich den „alternativen Landbau“ als das Nonplusultra herauszustreichen. Das Schlimme dabei ist, daß es nicht um die Sache, sondern um eine Ideologie ginge. Nicht die Düngung sei schädlich, sondern schlechtestenfalls ihr Mißbrauch in Form von Über- oder Unterdüngung. Man vergesse allzu häufig, welche Hungersnöte es in der Vergangenheit gegeben habe, weil Pflanzenkrankheiten aufgrund noch nicht vorhandener Bekämpfungsmittel ganze Ernten vernichtet hätten. Heute noch würden 15 v. H. der Ernte jeden Jahres durch Viren, Pilze und sonstige Schädlinge vernichtet.

Den Alternativen rief Professor Weberling zu, daß sie selbst nur eine Überlebenschance hätten, „weil sie von unserer blühenden Wirtschaft und Landwirtschaft profitieren“. Einen großen Teil seines Referates benutzte der Wissenschaftler, um das

positive Verbundensein mit der Natur als Grundhaltung des Christen gegenüber der Schöpfung zu unterstreichen. Dabei forderte er, zum einen die Natur sich nicht selbst zu überlassen, da dann erwiesenermaßen eine Degeneration einträte, zum anderen aber so viel wie möglich an unverfälschter Natur zu bewahren. Freude an der Schönheit der Natur, ihre Kenntnis und das Erleben der Vielfalt bringe dem Menschen seelisches Gleichgewicht und mache ihn weniger empfänglich für apokalyptische Prophetien.

Die anschließend von Pfarrer **Christof Warnke** (Bad Homburg) geleitete Diskussion zeigte dann auch gleich die beiden Gegenpole auf. Professor Dipl. Ing. **Gerhard Kuder** (Geisenheim), geschäftsführender Vorsitzender der Christlichen Aktion „Mensch-Umwelt“ und Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt der Evangelischen Akademie Arnoldshain, sprach zunächst aus seiner persönlichen Erfahrung. Vor allen Dingen seien die Gewässer lebensgefährlich verschmutzt. Es herrsche Artenarmut in der Natur. „Wir haben auf vielen Gebieten total versagt“ rief Kuder aus. Er malte im weiteren ein düsteres Bild von der Entwicklung und schloß mit den Worten „Ökologie ist für mich keine Ersatzreligion, sondern Bestandteil meines Glaubens“.

Demgegenüber bezog **Bernhard Sälzer**, MdEP (Darmstadt) eine andere Position. Er wandte sich vor allem gegen „Naturschwärmerei und Technologiedämonisierung“. Gerade der christliche Glaube möchte vor Angst und Hoffnungslosigkeit bewahren. Es sei immer wieder zu beobachten, wie eiskalt berechnende Ideologen die Angst als Vehikel zur Durchsetzung ihrer Ziele mißbrauchten. Sälzer forderte den Abbau feindseliger Emotionen, mehr intellektuelle Redlichkeit und das Bewußtsein, daß es sich bei der Ökologie nicht um ein geografisch beschränktes sondern um ein internationales Problem handele.

Dr. **Alexander Warrikoff**, MdB begann sein Podiumsstatement mit dem Wunsch nach Wahrhaftigkeit bei der Behandlung von Ökologiefragen. Oft würden Klischees unbesehen übernommen und zur Wahrheit hochstilisiert. Vier Beispiele unterstrichen dies. Es sei falsch, zu behaupten, unsere Umwelt würde immer mehr zerstört. Richtig sei vielmehr, daß der Rhein heute einen Sättigungsgrad mit Sauerstoff von 95% habe gegenüber nur 53% im Jahre 1950. Weiter sei es falsch, zu behaupten, für den Umweltschutz würde nichts getan. Richtig sei es vielmehr, daß das laufende Programm der Bundesregierung als das gewaltigste, was je aufgelegt wurde, zu bezeichnen ist. Falsch sei auch die Behauptung, daß die sogenannte Wachstumsgesellschaft die Umwelt zerstöre. Ohne leistungsfähige Wirtschaft sei überhaupt kein Umweltschutz möglich, weil er sehr teuer sei. Daß in Teilen der Ostblockstaaten sich

Umweltkatastrophen anbahnten, führe er hauptsächlich auf den Mangel an Finanzen zurück. Zuletzt wandte sich Dr. Warrikoff gegen die falsche Behauptung, daß auf Erden ein Umweltparadies geschaffen werden könne. Gerade die Bibel weise immer wieder darauf hin, daß es ein Paradies erst im Jenseits gebe.

Nach den Podiumsbeiträgen wurde die Diskussion zum Publikum hin geöffnet. Dabei zeigte sich, daß die Anhänger einer optimistischen Haltung bei weitem in der Mehrzahl waren. Der Leiter der Veranstaltung, der Darmstädter EAK-Vorsitzende **Michael Bergmann**, konnte sich nach einer engagiert geführten Aussprache für den gelungenen Verlauf der Veranstaltung bedanken.

Manfred Wollner

Ich wünsche mir
Menschen
die mich gern haben
Ich wünsche mir
Menschen
die mir verzeihen
und mich trösten
Ich wünsche mir
Menschen
die mich verstehen
und zu mir halten
Ich wünsche mir
Menschen
die mit mir und nicht
über mich sprechen
Ich wünsche mir
Menschen
die mir zuhören und
mit mir schweigen
Ich wünsche mir
Menschen
die mir die Wahrheit
sagen
Ich wünsche mir
Menschen
die mich annehmen
Ich wünsche mir
Menschen
die mir Geborgenheit
schenken
Ich wünsche mir
Menschen
die Frieden stiften
Ich wünsche mir
ein solcher
Mensch
zu sein.

Theo Böhm

Quelle: inforum – Arbeitsausschuß
„Drogen und Sucht“, Friesenring 34,
4400 Münster, Postfach 2404,
Tel. (02 51/27 09-272 und -273.

Buchbesprechungen

„Ethik des Journalismus. Zur Philosophie der Medienkultur“, Hermann Boventer, 511 Seiten, kart., 49,50 DM, herausgegeben von der Stiftervereinigung der Presse e.V. im Universitätsverlag Konstanz.

Ethik des Journalismus: Das Thema bedarf keiner Rechtfertigung, weil jeder heute die weitreichende Bedeutung der Medien anerkennt. Deren Wirkungen sind nicht neutral, sondern prägen die politische Kultur mit ihren Sinn- und Wertmustern. Das Thema der journalistischen Ethik erfährt nicht die Aufmerksamkeit, die es verdient. Die Kommunikationswissenschaft verhält sich weitgehend abstinert. Zynismus, ja Nihilismus sind die objektiven Steuerungskräfte in einem System, das „funktioniert“, aber oft genug kein menschendienliches ist, weil die nicht-empirischen Voraussetzungen eines guten Journalismus unreflektiert bleiben.

Der Zustand ist unbefriedigend; die Zusammenschau der Journalismusphänomene wird ein immer dringenderes Erfordernis. Der Journalismus ist philosophiebedürftig, er ist es vor allem als Theorie der Massenkommunikation in anthropologischer und ethischer Absicht. Begriffe wie Objektivität, Wahrheit, Fairneß, Freiheit, Öffentlichkeit, Verantwortung verlieren im Journalismus ihre Geltung, wenn sie nicht an Ideen eines sinnvollen menschlichen Lebens gebunden und im Ethos der Demokratie verwurzelt sind. Die Menschen sollen über das vermittelnde Geschäft und den vermittelnden Dienst des Journalismus zu Verstehenden gemacht werden, und dazu bedarf es der hermeneutischen Kompetenz sowohl auf der Kommunikator- wie Rezipientenseite. Wir fragen nach der ethischen Vernunft im Journalismus und suchen das „Gute“ zu begründen, indem Philosophie, Kommunikationswissenschaft und praktischer Journalismus ins Gespräch gebracht werden.

Im ersten Teil des Buches wird eine Wirklichkeitslehre des Journalismus angesprochen. Aristoteles mit seiner Ethik, die Kantische Philosophie, Nietzsche, Heidegger, Wittgenstein, Max Scheler und andere werden auf erkenntnistheoretische und ethische Einsichten befragt, die im kommunikativ-öffentlichen Handeln zum Tragen kommen. Die journalistischen Phänomene werden durchsichtiger, und ihre Geltungsgründe werden plausibler. Der zweite Teil des Buches wendet sich dem Fernsehen im Beziehungsfeld von Medium und Botenschaft zu. Die Evolution der Kommunikationsformen bis zu den Neuen Medien wird kommentiert, und die Ergebnisse der Wirkungsforschung werden einbezogen. Ein

Exkurs zu Marshall McLuhan schließt sich an. Der dritte Teil konkretisiert und differenziert die Begründungsproblematik einer journalistischen Ethik in Auseinandersetzung mit der Technik, mit Empirismus und Systemtheorie, mit Sprachtheorien und der Habermas'schen Normenbegründung. Darauf folgt ein weiterer Exkurs über die amerikanische „Media Ethics“ als Journalistenmoral. Der vierte und letzte Teil unter der Überschrift „Öffentlichkeit, Freiheit und Verantwortung“ rückt das Publikum und den Journalisten ins Blickfeld. Im Wechselverhältnis von Freiheit und Verantwortung zeigt sich der Kernbestand journalistischer Ethik.

„Die Basisgruppen – Harmlose Alternative oder Gefährdung unserer Demokratie?“, Johannes Weberling, Union Aktuell, Verlags- und Werbegesellschaft, Campingstr. 87, 8520 Erlangen oder RCDS-Bundesvorstand, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3.

Zeigt sich auch ein gewisser Attraktivitätsverlust politischer Gruppen in der letzten Zeit an den deutschen Hochschulen, so bleibt ein Faktor doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Die Basisgruppen. Nach wie vor stellen sie allein oder in Koalitionen zahlreiche ASten, nach wie vor ist es vor allem ihr Umfeld, das sie stark macht. Erstmals setzt sich jetzt die neu erschienene Schrift von Johannes Weberling, dem RCDS-Bundesvorsitzenden von 1981-1983, ausführlich und anhand von Originalmaterial mit diesem Phänomen auseinander, versucht Entwicklungslinien nachzuzeichnen, in den Zusammenhang zu stellen und auch einen Ausblick auf die Zukunft zu geben.

Auch wenn sich Vorläufer schon früher datieren lassen, scheint das „TUNIX“-Festival in Berlin 1978 mit der dort propagierten Ausreise aus dem Modell Deutschland ein Ausgangspunkt der Basisgruppen zu sein. Nicht von oben gesteuert, gewachsen aus örtlichen Initiativen, spontan und basisdemokratisch will man sein, so kandidiert man auch an vielen Universitäten der ausgehenden 70er Jahre. Ob in Göttingen, Bochum oder Braunschweig, Tübingen, Gießen oder Frankfurt, überall ähneln sich die Ausdrucksformen, wie eine Detailanalyse des Autors zeigt.

Mit zunehmendem Erfolg wächst aber auch die Notwendigkeit einer gewissen Koordination: Ein Basisgruppenbüro entsteht in Köln, es gibt regelmäßige Rundbriefe und bundesweite Seminare. Ein gewisses Desinteresse an überregionaler Arbeit, überhaupt an Strukturen aber bleibt erhalten. Mit der alternativen „TAZ“ bietet

sich überdies ein Kommunikationsorgan. Finanziert wird vieles durch den Verkauf von Materialien, Kalendern, Plakaten und ähnlichem, der Erlös von Feten, aber dies ist nur die halbe Wahrheit: Mit der Übernahme von ASten durch Basisgruppen tragen auch die Zwangsbeiträge aller Studenten ihren Teil zum Finanzvolumen bei. Aufwandsentschädigungen, Druckereiaufträge, Direktüberweisungen und Seminare finanzieren darüber hinaus zahlreiche Aktivitäten im Umfeld der Universitäten. Auch das „Sozialistische Büro“ in Offenbach, evangelische Studentengemeinden und die Grünen tragen ihr Scherflein bei.

Die Ablehnung des Stellvertreter- und Repräsentationsprinzips, „echte“ Basis- und Vollversammlungsdemokratie ist die Grundlage der Politik der Basisgruppen. Das imperative Mandat ist ein Mittel dazu, gesetzliche Beschränkungen der Themenwahl für Verfaßte Studentenschaften werden bewußt mißachtet. Mit diesem Demokratieverständnis ist natürlich auch die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung vorprogrammiert. Von radikal-marxistischer Analyse aus wird sie als „Ordnung der Herrschenden“ diffamiert, zu deren Bekämpfung auch Gewalt als Mittel nicht grundsätzlich ausscheidet. Vorschläge der Basisgruppen wie Strompreisboykott, Schwarzfahr-Aktionen, Hausbesetzungen und Aktionen, die vor allem die öffentliche Verwaltung lähmen sollen, sind da nur folgerichtig. Weg von aufgesetzten „Massenaktionen“, wie sie der MSB-Spartakus immer wieder versucht, hin zu spontanen, von unten durchgeführten Initiativen, das ist die Absicht. Der wühlende Maulwurf und das Nachttier Eule sind dafür die Symbole.

Gleichwohl vermissen auch viele Basisgrüpler die große Perspektive. Ein Grundsatzprogramm fehlt, vieles lebt aus der Aktion, Internationalismus dient als eine Klammer: Bewußt versucht man hier, an die Studentenbewegung von '68 und ihre Exponenten anzuschließen. Rudi Dutschke gilt als Symbolfigur. Die Unterstützung von „Befreiungsbewegungen“, Waffensammlungen für El Salvador und Ernteeinsätze im sandinistischen Nicaragua gehören entsprechend dazu. Dies verbindet die Basisgruppen, auch personell, stark mit den Grünen, die als Hauptansprechpartner bezeichnet werden können. Mit der Rezeption zum Beispiel der Theorien von Ernst Bloch versucht man überdies, die bestehende ideologisch-programmatische Leere zu füllen. Der Mensch muß Subjekt der Geschichte werden, heißt es, zur Verwirklichung dieser Idee steht den „Guten“ ein Gewaltrecht zu.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a.D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

BLECKMANN, HANS
FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF \$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

Die theoretische Entwicklung wird in Johannes Weberlings Schrift ebenso geschildert wie die verschiedenen Aktionsformen. Reichhaltige Originaldokumente belegen die gemachten Aussagen. Das Buch ist unter dem Titel: „Die Basisgruppen – Harmlose Alternative oder Gefährdung unserer Demokratie?“ als Band 39 der RCDS-Schriftenreihe im Verlag Union Aktuell erschienen.

Frank Priess

„Föderalismus. Grundlagen und Wirkungen in der Bundesrepublik Deutschland“, Konrad Reuter, 2. überarb. Auflage, 1985, 161 Seiten, kart., 9,80 DM, C.F. Müller Verlag, Heidelberg.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat – was das für den Bürger bedeutet, ist Thema dieses in aktualisierter 2. Auflage vorliegenden Wegweisers. Aufgezeigt werden die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die politischen Wirkungen. Vor- und Nachteile des Föderalismus sind für die eigene Urteilsbildung einander gegenübergestellt. Ausgewählte konkrete Beispiele verdeutlichen das Netz von Verflechtungen, das sich durch die in ihren Wesenszügen dargestellte Aufgabenverteilung bei der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sowie durch die Finanzbeziehungen im Bundesstaat ergibt. Dem Bundesrat kommt dabei als dem föderativen Verfassungsorgan eine Schlüsselrolle zu. Ein Überblick über den Föderalismus im Ausland und ein Rückblick auf seine Geschichte in Deutschland runden die Darstellung ab.

„Die Bibel“, übertragen und erklärt von Hans Bruns, Brunnen Verlag, Gießen/Basel, 44,- DM.

Gerade zimperlich geht er nicht mit seinen Schülern um. Hans Bruns, dessen Bibelübertragung uns in der mittlerweile 8. Auflage vorliegt, schreibt in seiner „Startilfe zum Bibellesen“: „Bibellesen darf nicht Selbstzweck sein. Fromme Egoisten sind Gott widerlich.“ Und auch für diejenigen muß nach Bruns' Auffassung die Bibellektüre eine Enttäuschung bleiben, welche die Bibel aus archäologischem oder philologischem Interesse heraus wie ein Geschichts- oder Geschichtenbuch lesen.

Dann habe man allenfalls ein ehrwürdiges Buch der Weiltliteratur in Händen, und das sei nicht viel, wenn doch der allmächtige Gott das ganze Leben eines Menschen verwandeln und auf ewig beschenken möchte!

„Zornige Bürger – Vom Sinn und Unsinn des Demonstrierens“, Manfred Hättich, 96 S., kart. 9,80 DM, Günter Olzog Verlag, München, 1984.

„Es ist geradezu Mode geworden, seine politische Gesinnung als Gewissen auszugeben“, schreibt der Autor dieses lesenswerten Bändchens.

Und in der Tat: Das mit der Verfassung garantierte Demonstrationsrecht wird in den Händen politischer Extremisten zu einer Gefahrenquelle für den inneren Frieden und für die innere Sicherheit. Zum Extremisten wird man aber nach Meinung des Autors nicht nur durch die Propagierung extremer politischer Inhalte, sondern auch durch die Anwendung gewalttätiger Formen im politischen Streit. Deshalb darf sich auch die geistige Auseinandersetzung mit dem Extremismus nicht auf die entsprechenden Ideologien beschränken, sondern muß die demokratischen Verfahren und Umgangsformen einbeziehen. (Heilbronner Stimme)

„Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung“, 574 Seiten, 104 Fotos, Grafiken und Tabellen, kart., 48,- DM, C.F. Müller Verlag, Heidelberg.

„Wer Geschichte nicht zur Kenntnis nimmt, ist oft dazu verdammt, sie noch einmal erleiden zu müssen“, heißt es im Vorwort der Herausgeber, des Mannheimer Stadtarchivdirektors Dr. Jörg Schadt und seines Mitarbeiters Michael Caroli.

Das Buch enthält zahlreiche authentische Bilddokumente, Tabellen, Grafiken und Karten; es umfaßt fünf große Untersuchungen. Zunächst berichtet Antje Sommer über den Aufstieg der NSDAP in Heidelberg in den Jahren 1928-33, wobei vor allem die Konfessionszugehörigkeit, die politische Tradition, die Wirtschaftsstruktur und das unterschiedliche Wahlverhalten in Heidelbergs Stammbezirken

analysiert werden. Aufgrund zahlreicher und zum Teil erstmals genutzter Quellen bieten Klaus Heidel und Christian Peters eine ausführliche Darstellung des Kampfs der Nationalsozialisten gegen die Kirchen in Heidelberg. Dieser mehr als 180 Seiten umfassende Abschnitt vermittelt ein lebendiges, eindringliches Bild kirchlichen Lebens unter dem Hitler-Regime. Im Beitrag von Christine Weber kommen Kampf und Gleichschaltung der katholischen Tageszeitung „Pfälzer Bote“ von 1930-1935 zur Sprache. Arno Weckbecker untersucht die Judenverfolgung in Heidelberg von 1933-1945 und Friederike Reutter die Verfolgung und den Widerstand der Arbeiterparteien von der „Machtübernahme“ bis zum Kriegsende. Es kann nicht anders sein, als daß in einem solchen Buch auch zahlreiche Persönlichkeiten jener Jahre erkennbar werden – Menschen mit ihren alltäglichen Stärken und Schwächen. Nicht zuletzt dadurch erlangt dieses Buch einen hohen Grad an Anschaulichkeit und Wahrheit über den Alltag im Dritten Reich.

„Wenn die Bande der Familie sich lockern, wenn die Liebe in der Familie schwindet, die Sorge füreinander, die Ehrfurcht, dann hat der Sturm unserer Zeit ein weites Loch in den Damm gerissen, der Frieden, Freiheit und Gottesglauben vor den Meeresfluten schützt, die der Sturm der Unruhe aufgewühlt hat.“

Konrad Adenauer